

28.3. BERLIN

**F
R
A
N
K
F
U
R
T**

Wir zahlen nicht für eure Krise

**10 Euro
Mindestlohn**
pro Stunde

**30-Stunden-
Woche**
bei vollem Lohn- und Personalausgleich

**500 Euro
Eckregel-
satz**
repressions- und sanktionsfrei

Herausgeber:

Sebastian Gerhardt (Berliner
Stadtmusikanten)
Peter Grottian (Attac-AG ArbeitFairTeilen,
Aktionsbündnis Sozialproteste)
Ilona Herrmann (Euromarsch, Verdi)
Stefan Krull (Attac-AG ArbeitFairTeilen)
Reiner Schmidt (Interventionistische Linke,
Bundeswehr wegtreten)
Sturmi Siebers (Sozialforum Dortmund)

Koordination:

Angela Klein (SoZ – Sozialistische Zeitung)

Der Name der Organisation dient
ausschließlich Identifikationszwecken.
Die einzelnen Artikel werden von den
Autoren verantwortet.

Druck: Caro-Druck, Frankfurt am Main

V.i.S.d.P. Angela Klein
c/o SoZ-Verlag
Regentenstr.57-59
51063 Köln

**Wir zahlen nicht für eure Krise – für eine solidarische Gesellschaft
Großdemonstrationen am 28. März 2009**

Frankfurt

Auftakt: 12 Uhr, Hauptbahnhof und Bockenheimer Warte · Abschlusskundgebung: 16 Uhr

Berlin

Beginn: 12 Uhr, Rotes Rathaus (Nähe Alexanderplatz) · Abschlusskundgebung: 16 Uhr

Bitte unterstützt die Demos auch finanziell. Wir haben keine Sponsoren.

Spendenkonto: Laura von Wimmersperg, Berliner Sparkasse (BLZ: 100 500 00) 6010 219 181

Die Wahrheit ist konkret – und diese Intervention nötig

Von SEBASTIAN GERHARDT

Seit dem Sommer 2008 ist klar: eine Weltwirtschaftskrise hat begonnen, die auch um den Exportweltmeister Deutschland keinen Bogen macht. So bleibt nur die Frage: Wie können wir Widerstand zustandebringen, damit nach den Lasten des Aufschwungs nicht auch noch die Lasten der Krise von den abhängig Beschäftigten getragen werden? Der Anschluss der DDR und die Exporterfolge des deutschen Kapitals haben das gesellschaftliche Kräfteverhältnis gründlich verschoben. Und Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit, denn mit dem Druck von oben wächst die Konkurrenz unter den Betroffenen.

Eine Antwort haben die Sozialproteste gegen die Hartz-Gesetze gegeben: Sie schnüren ein Paket aus einer individuellen Grundsicherung (500 Euro plus Warmmiete), einer radikalen Arbeitszeitverkürzung (30 Wochenstunden) und einem Mindestlohn in Höhe von 10 Euro in der Stunde. Dieses Paket zielt genau auf die gemeinsamen Interessen der lohnabhängigen Klasse; es richtet sich gegen die Ausgrenzung der Erwerbslosen und den zunehmenden Lohndruck. Bisher ist es nicht gelungen, um diese Ziele eine breite Bewegung zu organisieren. Die Sozialproteste wurden an den Rand gedrängt. Nun steht eine große Krise vor der Tür. Rasch gelang deshalb die Einigung auf zwei bundesweite Demonstrationen am 28. März. Schwieriger war die Verständigung über einen gemeinsamen Aufruf. Anfang Januar entstand zunächst ein Text, der an das genannte Forderungspaket anknüpft.

Doch dann erhoben die Vertreter der Partei Die LINKE heftigen Widerspruch: Nicht gegen die allgemeine Ankündigung eines «Systemwechsels» im Aufruf, wohl aber gegen die konkrete Festlegung sozialpolitischer Mindestbedingungen. Insbesondere eine Regelsatzerhöhung, die über 435 Euro und damit über die Beschlusslage ihrer Bundestagsfraktion hinausgeht, könnten sie nicht unterschreiben. So entstand ein wohlklingender Formelkompromiss, der tatsächlich noch die bescheidene Forderung von 500 Euro + Warmmiete zu unterbieten gestattet.

Sicher ist der Aufrufertext für eine Demonstration nicht das Allerwichtigste. Denn es kommt nicht nur darauf an, was wir fordern wollen, sondern vor allem darauf, welche Kraft wir organisieren können. Doch gerade dazu braucht es nachvollziehbare, konkrete Ziele: Am 29. 1. gingen in Frankreich 2 Millionen Menschen auf die Straße; im Mittelpunkt standen «300 Euro mehr – sofort» und die Anhebung des Mindestlohns auf 1600 Euro. Höchste Zeit also, auch hierzulande die öffentliche Debatte über die Inhalte sozialen Protestes neu zu eröffnen: Warum beim Geld zwar manche Freundschaft aufhört, die Solidarität aber erst anfängt.

Gute Arbeit und ein Leben in Würde Plädoyer für eine Allianz

Von PETER GROTTIAN, MOHSSEN MASSARAT u. a.

Versprochen wurden mehr Arbeitsplätze. Bekommen haben wir den Zwang, an jedem Ort und zu fast jedem Lohn jede Arbeit anzunehmen, und über 8 Millionen Beschäftigte mit Löhnen, die zum Leben nicht reichen; dazu über 700 000 Leiharbeiter.

Mit der diffamierenden Unterstellung, Arbeitslose seien «selbst schuld», wurden die unwürdigen Hartz-Regeln durchgesetzt. Sie haben Millionen Menschen dem Schnüffelterror der Bürokratie, Umzugszwang und anderen Schikanen ausgesetzt.

Mit der perfiden Behauptung, Staatsverschuldung sei die größte Ungerechtigkeit, wurden die Sozialsysteme geplündert; gleichzeitig bekamen die Reichen Milliarden Steuergeschenke. Daraus sind aber weder Arbeitsplätze noch Wirtschaftswachstum entstanden, sondern überschüssiges Kapital, das die Konzerne in die Finanzspekulation schleusen.

Die «Rettungspakete» der Regierungen dienen dazu, den Neoliberalismus zu retten. Wir, die sozialen Bewegungen, sind nicht bereit, uns damit abzufinden. Wir sind entschlossen, dieser Politik den Kampf anzusagen. Die Interessen, die zusammengehören, können in einer *Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde* gebündelt werden, die politische Dynamik entfaltet. Mindestlohn, Grundeinkommen und ArbeitFair-Teilen gehören zusammen!

Um diese Allianz über die Gewerkschaften hinaus zu verankern, muss der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn als Teil einer sozial- und arbeitspolitischen Perspektive begriffen werden, zu der darüber hinaus die Abschaffung des Hartz-IV-Systems und seine Ersetzung durch eine bedarfsabhängiges und armutsfestes Grundeinkommen, ohne Schnüffelei und demütigende Einmischung gehört. Weiter gehört dazu eine solidarische Umverteilung der Arbeit. Eine demokratische und soziale Gesellschaft, die auf Erwerbsarbeit gründet, braucht parallel zur Produktivitätssteigerung eine kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit. Auf dem Niveau von 30 Wochenstunden wäre Vollbeschäftigung wieder möglich.

arbeitfairteilen@attac.de

500 Euro Eckregelsatz ist das Mindeste

Anfang Februar empörte sich Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, in der Presse, «dass der, der nichts tut, von dieser Gesellschaft stärker belohnt wird, als der, der morgens früh aufsteht, zur Arbeit geht und lernen muss». Er will zunächst die Regelleistungen von Jugendlichen (U25) gekürzt wissen. Neu ist das nicht – seit jeher ist die Senkung der Regelsätze Standardforderung aller Unternehmerverbände. Mit der Krise erhält sie aber eine besondere Brisanz.

Die Dachorganisation aller Unternehmer in der BRD, DIHK, verlangt, dass 3–4 Euro pro Stunde für Erwerbstätige «selbstverständlich und zumutbar» werden. Dafür müssen die Hartz-IV-Sätze gedrückt werden. Sie wirken wie ein offizielles Existenzminimum, das den weiteren Fall der Löhne bremst.

Hartz IV: Real gekürzte Regelsätze

Der Eckregelsatz hätte bei Einführung von Hartz IV nach bis dahin gültiger Bemessung 398 Euro statt 345 Euro betragen müssen. Früher zu 100% anerkannte «regelsatzrelevante Ausgaben» wurden insgeheim um bis zu 40% heruntermanipuliert. Offen gekürzt wurden die Regelsätze für 7- bis 17-Jährige (für 7- bis 13-Jährige wird die Kürzung ab Juli 2009 zurückgenommen – aber befristet auf 3 Jahre!).

Der Eckregelsatz errechnet sich seit 1990 nicht mehr nach dem Bedarf, sondern nach dem «Statistikmodell», d. h. aus den Konsumausgaben des unteren Einkommensfünftels, das überproportional aus Rentnerinnen und Rentnern besteht. Weil das Einkommen dieses Segments aber durch Lohndumping und Rentenklau sinkt, wird auch das Regelsatzniveau gedrückt – eine sich wechselseitig beschleunigende Abwärtsspirale.

Resultat u. a.: 2004 waren im Eckregelsatz noch 130,80 Euro für Nahrungsmittel und nichtalkoholische Getränke enthalten. Preisbereinigt müsste deren Anteil heute auf 147 Euro gestiegen sein, ist aber auf 115,44 Euro gesunken!

Hartz IV: Nudeln mit Soße

Würden die Manipulationen bei der Einführung von Hartz IV rückgängig gemacht und die Teuerung berücksichtigt, würde der Eckregelsatz heute mindestens 435 Euro betragen. Darauf beziehen sich DPWW, DGB, «Die Linke» und «Die Grünen» mit ihren Forderungen von 420 bis 435 Euro. Sie akzeptieren damit jedoch das «Statistikmodell» und berücksichtigen nicht, dass die – von diesem Modell vorgegebene – Mangelernährung fortgeschrieben wird.

Das Forschungsinstitut für Kindernahrung in Dortmund hat ausgerechnet, was eine «optimierte Mischkost» (keine Bioware!) auf der Basis der Preis-mittelwerte von Discountern und Supermärkten kostet. Danach mussten preisbereinigt im Juli 2008 für je 1000 kcal Energiezufuhr 2,56 Euro gezahlt werden (Schwund und Verderb inkl.).

Der normale Energiebedarf eines heutigen Erwachsenen von Durchschnittsgröße und -gewicht beträgt bei ausreichender Bewegung 2550 kcal. Für eine einigermaßen gesunde Ernährung müssten täglich also 6,53 Euro ausgegeben werden. Der Hartz-IV-Tagessatz dafür beträgt jedoch nur lausige 3,85 Euro. Davon kann man sich bei optimierter Mischkost pro Tag 1504 kcal leisten – das reicht nicht mal, um den Grundumsatz der Körperfunktionen zu sichern. Ein Eckregelsatz, der nicht durch Mangelernährung krank macht, muss demnach gut 80 Euro über den Forderungen von DGB, LINKE usw. liegen, mindestens also bei 500 Euro!

Die Anhebung würde etwa 10–15 Milliarden Euro kosten, «Peanuts» gegen die Summen, die jetzt dem Kapital zugeschoben werden. Richtig wäre, die Banken und Konzerne für alle Kosten der Massenerwerbslosigkeit zur Kasse zu bitten, z. B. über einen Fonds, den allein die Wirtschaft zu tragen hätte (Verursacherprinzip)!

Von «Radikalität» weit entfernt

Die 500-Euro-Forderung ist eine recht bescheidene Mindestforderung – die Bescheidenheit ist allein der Schwäche der sozialen Bewegung geschuldet. Würde sie durchgesetzt, würde nicht nur die Lage von Erwerbslosen erleichtert, auch Lohndumping würde erschwert. Nicht mehr. Es ist fehl am Platz, hier von «armutsfest», «sozialer Gerechtigkeit» oder «Menschenwürde» zu schwadronieren. Ein gesellschaftlicher Zustand, in dem die große Mehrheit ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen muss, Objekt kapitalistischer Verwertungsgesetze ist und nicht Herrin ihrer Lebensbedingungen, sollte nicht mit solchen Begriffen verkleistert werden.

Teils wird die Forderung als «Kosmetik an Hartz IV» kritisiert. Doch 150 Euro mehr im Monat sind keine Bagatelle. Richtig ist: Hartz IV ist mehr als der Regelsatz. Das sind auch die 1-Euro-Jobs, die Zumutbarkeitsbestimmungen, das Sanktionsregime u. v. m.

Ein Eckregelsatz von 500 Euro (damit auch ein höherer Satz für Kinder) wäre ein Beitrag, Lohndumping und billiger Entlohnung der für die Kapitalverwertung Überflüssigen entgegenzuwirken. Die Abwälzung der Krisenfolgen auf abhängig Beschäftigte und Erwerbslose würde erschwert.

Sturmi Siebers

Gerade in der Krise: 10 Euro gesetzlicher Mindestlohn

Die Bundesregierung hat sich in den vergangenen Jahren damit gebrüht, wie durch die Hartz-Gesetze die (offizielle) Arbeitslosigkeit gesunken sei. Keine Rede war ihr der steile Anstieg der Niedriglöhner und prekär Beschäftigten wert. Das Gespenst der Massenerwerbslosigkeit ist nicht verschwunden; es wächst am unteren Rand die Schicht derer, die «arm trotz Arbeit» sind.

2,1 Millionen Arbeitnehmer/innen müssen in Deutschland mit weniger als 50% des Durchschnittsverdienstes auskommen – also mit einem Armutslohn. Das betrifft nicht nur Mini-Jobs und ZeitarbeiterInnen, sondern auch 12% aller Vollzeitbeschäftigten!

Leider schützen auch Tarifverträge nicht vor Niedrigeinkommen. 1,35 Millionen Erwerbstätige beziehen ergänzendes Arbeitslosengeld II, das sind die sog. Aufstocker bzw. Kombilohnbezieher/innen. Von ihnen sind eine halbe Million Vollzeit beschäftigt – sie arbeiten 35 und mehr Stunden pro Woche mit durchschnittlichen Stundenlöhnen von 7 Euro im Westen und 6 Euro im Osten. 4,4 Milliarden Euro fließen dafür aus den Kassen der Bundesagentur für Arbeit – d. h. aus den Taschen der Beitragszahler. Sie gleichen aus, was die Unternehmer an Lohn einsparen.

Mini-Jobs und Zeitarbeit haben die Ausweitung des Niedriglohnssektors vorangetrieben. Allein im Einzelhandel haben nach einer Ver.di-Studie vom Dezember 2003 Mini-Jobs innerhalb eines Jahres 227 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet und eine finanzielle Lücke in Höhe von 612 Mio. Euro in die Sozialkassen gerissen.

Mini- und Midi-Jobs (bis zu 400 bzw. 800 Euro) sind Arbeitszeitverkürzung mit erheblichem Lohnverlust. Den Beschäftigten in Minijobs wird häufig das

Recht auf bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorenthalten, und sie bekommen Lohnabschläge. Bei Mini-Jobs wird der Unternehmer subventioniert: anstelle des regulären Arbeitgeberbeitrags zahlt er nur eine Pauschale in die Sozialkassen; der Arbeitslosenbeitrag entfällt ganz.

Rund 70% der Niedriglohnbeschäftigten sind Frauen. Der Anteil von unfreiwilliger Teilzeitarbeit von Frauen hat sich zwischen 1990 und 2006 von 4,2% auf 20% erhöht. Fast jede dritte Frau (30,5%) arbeitet für wenig Geld – 1995 galt das noch für ein Viertel. Auch bei vollzeitbeschäftigten Frauen liegt der Niedriglohnanteil mit ca. 22% fast doppelt so hoch wie unter vollzeitbeschäftigten Männern. Deutschland ist im EU-Vergleich Spitzenreiter in der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern.

Damit wird die Dazuverdiennerolle von Frauen festgeschrieben; sie haben nach wie vor zum großen Teil keine ausreichende eigenständige Altersversorgung. Und sie bilden die Mehrzahl der «Armen trotz Arbeit»: Über die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die zusätzlich zum Arbeitseinkommen ALG II benötigen, sind Frauen.

Die Höhe ist wichtig

Wenn nicht alle betriebliche und gewerkschaftliche Willens- und Widerstandskraft darauf konzentriert wird, dass krisenbedingte Entlassungen verboten werden und die Arbeitszeit verkürzt wird, dann wird die Welle der Massenerwerbslosigkeit, die auf uns zurollt, demnächst zu 6 Millionen Arbeitslosen und einer Aufblähung des Niedriglohnssektors führen. Dann kann sich die An-

zahl der Niedriglöhner leicht verdoppeln.

– Deshalb muss auch und gerade in der Krise ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn her: die Mindestlöhne nach Branchen per Entsendegesetz gelten nie für die gesamte Wirtschaft und können deshalb Lohndumping nicht verhindern. – Die Höhe des Mindestlohns ist von großer Bedeutung; ein zu niedrig bemessener Mindestlohn zwingt zu Arbeitszeitverlängerung, um den Lebensstandard zu halten.

– Ein Mindestlohn von 7,50 Euro, wie er von Ver.di, NGG und jetzt auch vom DGB gefordert wird, sichert trotz Vollzeitbeschäftigung keine menschenwürdigen Lebensbedingungen. Wer 38,5 Stunden in der Woche arbeitet und 7,50 Euro pro Stunde verdient, bekommt Brutto 1251,15 Euro im Monat. Nach Abzug von Sozialversicherungen und Lohnsteuer sind diese Personen berechtigt, ergänzend ALG II zu beantragen! Ein zu niedrig bemessener Mindestlohn ist ein Armuts- und Kombilohn.

– Im Jahr 2001 forderten Ver.di, NGG und IG BAU noch einen Monatslohn von mindestens 3000 Mark brutto. Das entspricht heute 1516 Euro brutto monatlich und wäre der Verdienst bei 10 Euro Stundenlohn mit einer 35-Stunden-Woche.

10 Euro pro Stunde gesetzlicher Mindestlohn setzt ein Zeichen gegen Lohndumping. Das ist die Mindestvoraussetzung für eine Arbeitszeitverkürzung mit Allgemeinverbindlichkeit – die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche als ersten Schritt. So kommen auch Erwerbslose wieder an reguläre Arbeitsplätze und können einen Beitrag in die «leeren» Sozialkassen einbringen.

Ilona Herrmann